alast.
r ab
all.
Der Besitzer.
ee".
unstspiel-
Biljard. —
eine. □ □
Richter, Konditor.
ein
r
r und Frau
i Bitterfeld
zeigen.
ahl,
r.
9.
Hochzeit in
chten Glück-
, zugleich im
aten Dank.
ember 1919.
d Frau
eb. Küchler.
Arnold
h kurzem
r herzens-
vager, der
in
Dez. 1919
Martin
Hundius
em.
Mittwoch
, aus.
ichtenstein.
ßt 8 Seiten.

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 290. | Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk | Dienstag, den 16 Dezember | Postscheckkonto Leipzig Nr. 86697. | 1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Festtags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährl. 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5,40 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 5b, alle Poststationen, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 50, für auswärtige 60 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 75 Pfg. — Im amtl. Teile kostet die zweispaltige Zeile 90 Pfg., für Auswärtige 120 Pfg. Fernspr.-Anschluß Nr. 7. Besteller mit 40 Pfg. Tel.-Adr. Tagebl a.

Schweinefettverkauf in Callnberg — Dienstag, den 16. Dez., 80 Gr. für 2 40 Mk. bei den Fleischern auf weiße Zusatzkarte — Marke 16.

Der Ortsernährungsausschuß für Callnberg.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsfleischstelle wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 2864 VI A III.

Dresden, am 12. Dezember 1919.

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die **Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden** vom 26. November 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1903).

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. Nov. 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1903) werden für die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis 18. Januar 1920 einschließlich folgende Sätze als Häutezuschlag, der an den Tierhalter zu bezahlen ist, für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt

für Rinder, ausgenommen Kälber	48,— Mk.
für Kälber	87,— Mk.
für Schafe	54,— Mk.
für Pferde, einschl. Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel . .	33,— Mk.

Berlin, den 8. Dezember 1919.

Reichsfleischstelle, Verwaltungsabteilung.
Der Vorsitzende: gez. v. Ostertag.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Wie aus Paris über Genf gemeldet wird wird die Veröffentlichung der deutschen Akten zum Kriegsausbruch in Frankreich bei der Aufstellung der Listen der auszuliefernden Deutschen maßgebend sein. — Das ist also das erste Ergebnis der Akten.

* Gestern nachmittag wurde auf die Reichswerkstätten in Spandau ein Ueberfall gemacht. Die Eindringlinge waren mit Revolvern bewaffnet. Ein Mann wurde getötet, vier verwundet.

* Der amerikanische Dampfer „Liberticle" ist auf der Fahrt von Newyork nach Emden auf eine Mine gelaufen und gesunken. 14 Mann konnten von den deutschen Dampfer „Krimhild" gerettet und in Emden gelandet werden, von den übrigen 28 Mann fehlt jede Spur.

* In der preußischen Landesversammlung kam es beim Kultusetat zu einem Konflikt, da die Zentrumspartei gegen die Ausschaltung der Kirche aus der Schule ist. Verhandlungen haben bisher noch zu keiner Einigung geführt.

* In der Nationalversammlung wurde die Novelle zum Bankgesetz in zweiter und dritter Lesung nach den Beschlüssen der Ausschüsse unverändert angenommen, ferner fand das Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen u.-Vergehen einstimmige Annahme.

* Wie aus Christiania gemeldet wird, hat die große norwegische Kohlengesellschaft auf Spitzbergen ein Angebot von englicher Seite angenommen, das ihre Bergwerke auf Spitzbergen für 200000 Pfund Sterling in englische Hände übergehen läßt.

— (Politische Geldschrankknacker) Das „Berl. Tageblatt" meldet aus Gotha, daß die Gothaer Volksbeauftragten die dem Herzog gehörigen Geldschränke gewaltsam öffnen ließen und die darin befindlichen Werte dem Staatsvermögen einverleibt haben. Der Bevollmächtigte der herzoglichen Agnaten hatte die Herausgabe der Schlüssel zu den Geldschränken verweigert, worauf die Volksbeauftragten die Schränke durch einen Schlosser gewaltsam öffnen ließen.

Verstaatlichung westsächsischer Steinkohlenwerke.

WTB. Der Volkskammer ist von der Regierung eine Vorlage, eine Denkschrift über den Ankauf von Aktien und Kuxen westsächsischer Steinkohlenwerke betreffend, mit dem Ersuchen zugegangen, den beabsichtigten Ankauf von Aktien der Aktiengesellschaft Steinkohlenbauverein Gottes Segen in Lugau, von Aktien der Aktiengesellschaft Lugauer Steinkohlenbauverein in Lugau, von Kuxen der Gewerkschaft Deutschland in Oelsnitz (Erzg.), von Aktien der Steinkohlenaktiengesellschaft Bockwa-Hohndorf-Vereinigtfeld in Hohndorf (Bez. Chemnitz) und von Kuxen der Gewerkschaft Kaisergrube in Gersdorf (Bez. Chemnitz) zuzustimmen und zu genehmigen, daß die erforderlichen Mittel, die in einem Nachtrag zum ordentlichen Staatshaushaltplan eingestellt werden sollen, bis zum Höchstbetrag von 56 500 000 Mark schon jetzt verausgabt werden. In der Denkschrift wird u. a. gesagt, daß auf Grund des Reichsgesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23 März 1919 und der Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz vom 21. August 1919 für den Bezirk des sächsischen Steinkohlenbergbaues ein besonderes Kohlensyndikat gebildet worden ist, dessen Befugnisse so weittragend und für die Bewirtschaftung der sächsischen Steinkohle so bedeutungsvoll sind, daß sich der sächsische Staat im Interesse der gesamten Volkswirtschaft des Landes unbedingt einen erheblichen Einfluß innerhalb des Syndikats sichern muß. Da sich das Stimmrecht der einzelnen Mitglieder des Syndikats nach ihren Selbstverbrauchs- und Verkaufsanteilen richtet, so kann der Staat seinen Einfluß innerhalb des Syndikats nur dadurch verstärken, daß er Steinkohlenwerke und maßgebende Beteiligungen an solchen erwirbt. Die Bedeutung dieses Erwerbs für die Stärkung des Einflusses des Staates im sächsischen Steinkohlensyndikat ergibt sich aus folgenden Ziffern: Im Jahre 1918 betrug bei Steinkohlenbauverein Gottes Segen das Ausbringen 448 465 Tonnen, Lugauer Steinkohlenbauverein 146 827 Tonnen, Vereinigtfeld 243 838 Tonnen, Kaisergrube 197 345 Tonnen, zusammen also 1 036 467 Tonnen. — Dieses Ausbringen bedeutet bei einer Gesamtförderung von 4 625 218 Tonnen aller sächsischen Steinkohlenwerke im Jahre 1918 rund 22,3 Prozent dieser Förderung. Rechnet man zu der Jahresförderung der genannten vier Steinkohlenwerke die Förderung des staatlichen Steinkohlenwerkes Zaukerode in Höhe von rund 226 000 Tonnen hinzu, so würde alsdann der sächsische Staat mit einer Gesamtförderung von 1 262 467 Tonnen oder mit 27,3 Prozent des gesamten Ausbringens aller Werke am sächsischen Steinkohlensyndikate beteiligt sein. — Zu dem geplanten Ankauf von Aktien und Kuxen westsächsischer Steinkohlenwerke wird die Regierung aber noch durch eine weitere Erwägung bestimmt. Mit dem bevorstehenden Uebergang der Staatseisenbahnen und der Einkommensteuer auf das Reich verliert der sächsische Staat seine wichtigsten Einnahmequellen. Der Staat wird, trotzdem dafür eine angemessene Entschädigung erfolgt, durch den Uebergang dieser Einnahmequellen auf das Reich eine erhebliche Einbuße an Finanzkraft erleiden. — Bei dieser Sachlage kann das gestörte Gleichgewicht der Staatseinnahmen und Staatsausgaben nur auf zwei Wegen, die gleichzeitig beschritten werden müssen, erreicht werden: einmal durch äußerste Sparsamkeit in allen Teilen des Staatshaushalts und sodann durch Erschließung neuer Einnahmequellen. In letzterer Beziehung steht in erster Reihe die Steigerung der gewinnbringenden Staatsbeteiligung am wirtschaftlichen Erwerbsleben, worin zugleich ein Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialisierung liegt. In solcher Staatsbeteiligung eignet sich ganz vorzugsweise der Steinkohlenbergbau.

Das neue Defensivbündnis.

Der Brüsseler Korrespondent des „Manchester" meldet: Von wohlunterrichteter Seite erfahre ich, daß die Bildung eines westlichen Defensivbündnisses durch Clemenceaus Reise nach London zur Tatsache geworden ist. Belgien wird sich anschließen. Italien hat angeblich den anderen Mächten mitgeteilt, daß es auch bereit sei, dieser neuen Entente beizutreten. Man hofft in belgischen Regierungskreisen, daß Holland dies gleichfalls tun werde.

Hierzu liegen noch folgende Depeschen vor:

Rom, 14. Dezember.

Der italienische Vertreter in Paris, Chiesa, erklärte in Paris, er unterstütze den Standpunkt, daß Deutschland nicht nur für die Frankreich und Belgien zugefügten Schäden, sondern für die sämtlichen den Alliierten durch den Krieg entstandenen Schäden verantwortlich sei.

Chiesa besuchte Clemenceau und erklärte ihm, Fiume müsse Italien aus Gründen der nationalen Ehre zugestanden werden. Clemenceau erwiderte, daß sich Frankreich diesem Verlangen nicht entgegenstellen werde, daß man aber Jugoslawien einen Ausgang zur Adria zubilligen müsse.

Diese Nachricht bestätigt den Eindruck der jüngsten Meldungen, daß Italien bereit ist, seinen gemäßigteren Standpunkt in der Friedensfrage aufzugeben und sich der chauvinistischen Politik Clemenceaus anzuschließen, indem es dem von Clemenceau geplanten westeuropäischen Bündnis, das gegen Deutschland und wohl auch gegen die Vereinigten Staaten gerichtet ist, beizutreten. Es würde dafür die erwünschten Zugeständnisse in der Adria (Fiume) erhalten. Es liegt bisher noch keine offizielle Nachricht über die Haltung Englands vor. Das bevorstehende offizielle Kommuniqué über das Ergebnis der Londoner Besprechungen dürfte den Aufschluß bringen. Mit seiner Auffassung wartet man vielleicht, bis der Inhalt der deutschen Note bekannt geworden ist.

Was geht in England vor?

Rotterdam, 14. Dezember.

Die englische Presse gibt unumwunden zu, daß die angegebenen Gründe für Clemenceaus Englandreise nicht der Wahrheit entsprechen. Die Lage ist dahin zu beurteilen, daß Clemenceau mit seinem beabsichtigten Ultimatum an Deutschland auf Widerstand gestoßen ist und, durch die Abreise der amerikanischen Delegierten aufs höchste beunruhigt, nun sein Heil bei England suchen und ebenso Italien für einen Bund gegen Deutschland gewinnen will, um so seine Erpresserpolitik fortsetzen zu können. Je nach dem Parteistandpunkt lauten die Urteile der englischen und italienischen Presse zustimmend oder ablehnend zu dem Clemenceauschen Plane.

Lugano, 15. Dezember.

Den Londoner Berichten der italienischen Presse zufolge haben die Londoner Besprechungen kein greifbares Ergebnis gezeitigt. Es hatten nur vorbereitende